

Gegen Schließung + Lohnverzicht bei den kommunalen Seniorenwohnanlagen (SWA)

Für ein selbstbestimmtes Leben – auch im Alter

Kassel wächst! Aber auch die Altersarmut, besonders von Frauen, breitet sich weiter aus. Dem muss bundesweit und kommunal entgegengesteuert werden, denn alle Menschen haben ein Anrecht auf ein würdevolles Leben auch im Alter.

Zur optimalen Versorgung aller Menschen in dieser Stadt gehört eine gute wohnortnahe Pflege im Alter. Für die benötigten Fachkräfte fordern wir eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung statt Lohndumping in der Altenpflege. Seit Jahren sind die Beschäftigten der kommunalen Seniorenwohnanlagen der Gesundheit Nordhessen Holding in Ungewissheit über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Mal droht die Privatisierung, dann wieder Teilschließungen und Lohnabsenkungen. Die Linke war seit Beginn der Auseinandersetzung auf der Seite der Beschäftigten und hat den Erhalt der kommunalen Arbeitsplätze und der Pflegeplätze der BewohnerInnen gefordert. Zur Maximalversorgung der BewohnerInnen unserer Stadt gehört auch eine kommunale ambulante und stationäre Versorgung von pflegebedürftigen Menschen.



Simon Aulepp, Lehrer, 42

„Der Lohndruck in der Altenpflege muss endlich gestoppt werden. Ich fordere den Erhalt der kommunalen Seniorenwohnanlagen für eine qualitativ hochwertige Versorgung von älteren Menschen und gute Arbeitsbedingungen für die Pflegenden unter demokratischer Kontrolle.“

DAS WILL DIE KASSELER LINKE:

- Verbleib in öffentlicher Hand und Modernisierung der kommunalen Seniorenwohnanlagen, keine Ausgründung oder Lohnabsenkung in der Altenpflege.
- Finanzielle Aufwertung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für AltenpflegerInnen und in der ambulanten Pflege.
- Betreutes Wohnen im ursprünglichen Umfeld.
- Integrative Kulturangebote und Treffpunkte für ältere Menschen. Unterstützung zur Selbstorganisation, kostenlose Räume im Stadtteilzentrum etc.
- Alternative Stadtplanung im Sinne von generationenverbindendem Wohnen statt Ausrichtung auf teure Stadtvillen für Wohlhabende.

Gesundheitskarte für Geflüchtete

„Für Geflüchtete ist eine schnelle und unbürokratische Hilfe wichtig, auch bei der medizinischen Versorgung. Dies kann nur durch die Einführung einer Gesundheitskarte erreicht werden!“



Stephanie Schury, Studentin, 28

Zur solidarischen Gesundheitsversorgung gehört auch die kostenlose Gesundheitsversorgung im vollen Umfang für Geflüchtete.

Den vielen Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen auf der Flucht sind, sollte unabhängig davon, ob sie vor politischer Verfolgung, Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit oder den Folgen des Klimawandels fliehen, die Möglichkeit eines Neuanfangs in Deutschland geboten werden. Als Standort mehrerer Rüstungsunternehmen trägt die Stadt Verantwortung für die Auswirkungen der Waffenverkäufe und daher gegenüber denen, die durch die Kriege und bewaffneten Konflikte weltweit vertrieben werden. Zu dieser Verantwortung gehört es auch, sicherzustellen, dass alle Geflüchteten unabhängig von ihrem Bleibestatus medizinisch versorgt werden. Wir fordern deshalb die Einführung einer Gesundheitskarte für geflüchtete Menschen, damit sie, wie alle hier lebenden Menschen, ihren Arzt oder ihre Ärztin frei wählen können. Diese Gesundheitskarte soll den Geflüchteten ohne bürokratischen Aufwand und die vorherige Genehmigung durch das Sozialamt zur Verfügung gestellt werden.



MITMACHEN!

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Wohnungsnot oder Nahverkehr: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen dazu auf, sich nicht mit den Zuständen abzufinden, sondern sich einzumischen. Wir laden Sie ein, mit uns gemeinsam für eine soziale, transparente und demokratische Kommunalpolitik zu streiten. Dafür bitten wir Sie am 6. März 2016 um Ihre Stimme für die Kasseler LINKE.

Wählen Sie am 6. März

Liste 6



www.kasseler-linke.de

Folge uns auf Facebook



Menschen vor Profite!

Kommunalwahlen am 6. März 2016

Sparen an den Krankenhäusern bedeutet Sparen an der Gesundheit

In zunehmendem Maße wird das Gesundheitssystem, ob privat oder öffentlich, „am Markt“ ausgerichtet. Krankenhäuser sollen nicht mehr in erster Linie gesund machen, sondern vor allem profitabel sein.

Die bundesweite Gesundheitspolitik hat zu einer massiven Unterfinanzierung der Krankenhäuser geführt. Die Beschäftigten sind mit „klammen Kassen“ konfrontiert – statt eine qualitativ angemessene Betreuung der PatientInnen sicher zu stellen, sind sie Erfüllungsgehilfen bei der Gewinnerzielungsabsicht. Defizite dienen als Vorwand für die Schließung von Krankenhäusern, für Personalabbau, Lohnkürzungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Die Beschäftigten werden mit der Androhung von Schließungen und von Personalabbau regelrecht erpresst. Sie sollen immer mehr leisten und dies am besten noch für weniger Geld und mit weniger Personal.



kasseler-linke.de

Gesundheitsversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht in private Hand!



Gute Arbeitsbedingungen sind eine wichtige Voraussetzung für die Qualität der Gesundheitsversorgung und für die Gewinnung von neuen Fachkräften!

Wer will sich von einer Ärztin oder einem Arzt operieren lassen, welcheR schon seit 24 Stunden Dienst hat und welcheR Kranke möchte von Pflegepersonal abgefertigt werden wie am Fließband?

Und wer möchte unter solchen Bedingungen arbeiten? Im Schichtdienst, jedes zweite Wochenende, an den Feiertagen, unter Zeitdruck körperlich und psychisch anspruchsvolle Arbeit leisten? Ausgebildete PflegerInnen werden zudem schlechter entlohnt als FacharbeiterInnen in anderen Branchen.

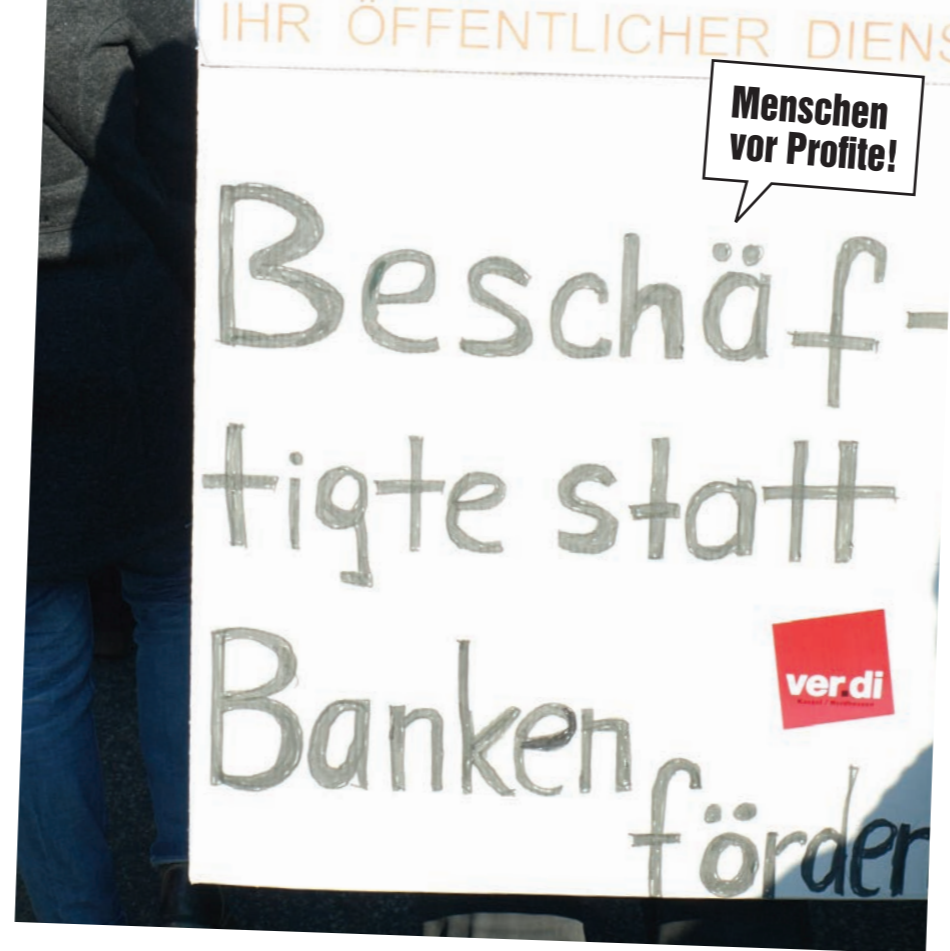
Vielorts werden Krankenhäuser geschlossen oder zusammengelegt. Insbesondere im ländlichen Bereich drohen Versorgungslücken, während anderenorts in auf Rendite orientierte „Zentrumsmedizin“ investiert wird.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, ist mehr demokratische Kontrolle und die Rücknahme der Kommerzialisierung nötig. Zudem müssen die Gesundheitsberufe durch attraktivere Arbeitszeiten, gesicherten Freizeitausgleich und mehr Lohn aufgewertet werden. Gerade in Anbetracht des demographischen Wandels besteht hier dringender Handlungsbedarf, um den zukünftigen Bedürfnissen gerecht werden zu können.

DAS WILL DIE KASSELER LINKE:

- Schluss mit der Schließung und Privatisierung von Krankenhäusern sowie von Teilausgründungen.
- Zurückführung von bereits privatisierten Teilbereichen des Klinikums in die öffentliche Hand.
- Freie ÄrztInnenwahl, freie Wahl der Behandlungsmethode und des Behandlungsortes sowie eine optimale Gesundheitsversorgung als demokratisches Grundrecht für alle hier lebenden Menschen.
- Finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung der Gesundheitsberufe.
- Für eine flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung.
- Für eine sichere Finanzierung aller Kosten, die für eine optimale PatientInnenversorgung anfallen, durch Bund, Land und Kommunen – also Abschaffung der Fallpauschalen!

V.i.S.d.P.: Axel Selbert, c/o Kasseler Linke, Schillerstr. 21, 34117 Kassel



Eine Zwei-Klassen-Medizin können sich nur die Wohlhabenden leisten.

Die solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems muss ausgebaut werden, um die Kosten für die Gesundheitsversorgung gerecht zu verteilen. Dazu gehört auch die Wiederherstellung der Beitragsparität durch den Wegfall der Zusatzbeiträge und die Berechnung des Beitrags nach dem Bruttogehalt ohne Bemessungsgrenze. Der Rückzug der Gutverdienenden aus der Solidargemeinschaft ist ein Skandal und muss beendet werden.

Durch eine gerechte Besteuerung von Reichen und Unternehmen sowie eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems kann eine öffentliche medizinische Versorgung gewährleistet werden. Notwendig sind dazu die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine höhere Erbschafts- und Körperschaftsteuer.

Dies kann nicht ohne massiven Druck von unten erreicht werden. Deshalb unterstützen wir den Widerstand von Beschäftigten und Betroffenen gegen den Kaputtsparkurs.

Auch an die ambulante Versorgung denken!

Die Hälfte aller HausärztInnen in Kassel sind 55 Jahre oder älter, die Situation bei den FachärztInnen ist ähnlich. Um die ärztliche Versorgung langfristig zu sichern, muss die Kommune aktiv werden und steuernd in die Sicherstellung der Versorgung eingreifen. Wir fordern deshalb die Einrichtung einer Kasseler Gesundheitskonferenz, die unter Beteiligung aller lokalen Akteure und der Krankenkassen die notwendigen Maßnahmen berät und initiiert, um eine geordnete Neubesetzung der absehbar frei werdenden Arztstühle sicherzustellen.

Lohnverzicht und Privatisierung? Klinikum Kassel muss in kommunaler Trägerschaft bleiben!

Der besondere Tarifvertrag am Klinikum Kassel mit einer durchschnittlichen Lohnabsenkung von 5 % für die Beschäftigten sollte 2015 auslaufen. Das einbehaltene Geld aus dem sogenannten Zukunftssicherungsvertrag wurde wegen der positiven Jahresabschlüsse größtenteils an die Beschäftigten zurückgezahlt.

Trotzdem ist es das falsche Modell, die Finanzierung eines Krankenhauses oder dessen Modernisierung an den Gehaltsverzicht der Beschäftigten zu binden. Einen erneuten Abschluss eines „Zukunftssicherungsvertrags“ lehnen wir deshalb ab. Bei der Erpressung lohnabhängig Beschäftigter macht die Linke nicht mit!

Die Stadt Kassel ist in der Pflicht und muss die Zukunft des Klinikums Kassel in kommunaler Trägerschaft sichern. Statt weitere Stellen in den Privatsektor zu verlagern, müssen kommunale Arbeitsplätze mit adäquater tariflicher Bezahlung erhalten und weiter aufgebaut werden. Die Linke setzt sich in den kommunalen Betrieben für eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden mit der vollen wöchentlichen Arbeitszeit ein. Die Perspektive, nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz zu erhalten, sichert die Zukunft junger Menschen in Kassel und garantiert den fachlichen Nachwuchs.

DAS WILL DIE KASSELER LINKE:

- Das Klinikum Kassel muss vollständig kommunal sein.
- Kein Stellenabbau an Kassels Krankenhäusern, sondern Erhöhung des Personalschlüssels für eine qualitativ hochwertige Versorgung.
- Gesetzliche Personalbemessung für adäquate Betreuungsquoten statt Arbeiten in Notbesetzung. Kein Nachtdienst allein!
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hebammen und Geburtshelfern.
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das schafft Arbeitsplätze, entlastet das Personal und führt zu mehr Qualität.
- Unbefristete Übernahme der Auszubildenden in Vollzeit im erlernten Beruf.
- Investition in Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten statt Spitzengehälter für die Konzernleitung.

Für eine repressionsfreie Drogenpolitik

Drogenpolitisch vertreten wir das Konzept der Entkriminalisierung und die Stärkung von Präventionsangeboten. Auf kommunaler Ebene sind Präventions-, Beratungs- und Therapieangebote, öffentliche Drogenkonsumräume, bessere ortsnahe Substitutionsbehandlung mit Methadon und Diamorphin, sowie legale Cannabis-Abgabemodelle erforderlich. Das Team öffentlich-finanzierter StreetworkerInnen muss erweitert werden. Außerdem setzt sich die Linke für die Einrichtung von mehr Not- schlafstellen für hilfebedürftige Menschen ein.